



**Presseerklärung des bundesweiten Zusammenschlusses
„Gegen Gasbohren“**

06.10.2014

**Bundestreffen der Anti-Fracking-Initiativen fordert:
Fracking-Verbotsgesetz ohne Ausnahmen im Bundestag
verabschieden statt Fracking ermöglichen**

Anti-Fracking-Initiativen aus ganz Deutschland haben auf ihrem Bundestreffen in Gemen am 4./5.10.2014 klare Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Sie verlangen von ihr, ein Fracking-Gesetz in den Bundestag einzubringen, das ein ausnahmsloses bundesweites Verbot von Fracking vorsieht. Außerdem fordern die Initiativen eine konsequente und ambitionierte Fortsetzung der Energiewende, damit der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Erdgas so schnell wie möglich erfolgen kann.

Auf deutliche Kritik der Initiativen sind die Pläne von Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel und Bundes-Umweltministerin Hendricks gestoßen, Fracking im Schiefergestein unterhalb von 3.000 m und Fracking im Sandstein unabhängig von der Tiefe zuzulassen. Die Anti-Fracking-Initiativen lehnen alle Fracking-Vorhaben, unabhängig von Tiefe und Gesteinsart aufgrund ihrer schwerwiegenden Folgen für Mensch und Umwelt ab. Forschungsbohrungen, wie sie die Gasindustrie fordert, sind für die Anti-Fracking-Bewegung ein Einstieg in die umweltgefährdende Technik und damit nicht akzeptabel. Das Eckpunktepapier der Minister Gabriel und Hendricks zu Fracking, auf dem die Fracking-Gesetzgebung beruhen soll, ist dabei ein Schritt in die falsche Richtung, der die schrittweise Einführung des gefährlichen Gasbohrens ermöglichen soll.

